

Nr. 369 | 15.09.2026

Polen-Analysen

Aktuelle Entwicklungen in den
polnisch-ukrainischen Beziehungen

ANALYSE	
Die polnische Unterstützung für die Ukraine – eine kurze Geschichte Marek Ziółkowski, Uniwersytet Civitas, Warschau	2
UMFRAGEN	
Das Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine	7
CHRONIK	
15. August – 14. September 2026	10

Die polnische Unterstützung für die Ukraine – eine kurze Geschichte

Marek Ziółkowski, Uniwersytet Civitas, Warschau

DOI: 10.31205/PA.369.01

Zusammenfassung

Polen hat gegenüber der Ukraine in den Jahren 2022/23 eine imponierende Hilfsbereitschaft gezeigt. Die selbstlose Unterstützung, die Millionen Polen den Ukrainern gewährt haben, war der bisher größte Erfolg der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Vier Jahre später allerdings ist die Hilfe Teil des politischen Spiels im historischen Konflikt um das Verbrechen von Wolhynien im Jahr 1943 geworden. Der Wert der Unterstützung sank auf eine routinemäßige Promille des Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig weist Polen positive Ergebnisse in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Ukraine auf.

Entwicklungszusammenarbeit – worum geht es?

Nach dem Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine im Februar 2022 unterstützte Polen die Ukraine in großem Umfang, insbesondere in den ersten Kriegsmonaten, als Hunderttausende Geflüchteter in Polen sicheren Schutz erhielten. Es war eine Zeit starker Solidarität, sowohl vonseiten der Gesellschaft als auch von institutioneller Seite – ein Anlass stolz zu sein und ein Grund für internationale Anerkennung. Einige Jahre später sind wir dazu übergegangen, ein Fazit aus der Wohltätigkeit der Jahre 2022/23 zu ziehen und sie radikal zu reduzieren.

Die Grundlage ist die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Das in den 1970er Jahren von der OECD entwickelte Konzept umfasst finanzielle und materielle Leistungen für eine bestimmte Gruppe von Ländern. Sie werden von den jeweiligen Institutionen des öffentlichen Sektors der Geberländer mit dem Ziel der Unterstützung der betreffenden Entwicklungsländer vergeben. Das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet keine Transfers für militärische Hilfe. In der praktischen Anwendung ist die Hilfe kein starres Regelwerk, sondern es handelt sich um konkrete finanzielle und materielle Leistungen für ein bestimmtes Empfängerland, das ein bestimmtes Ziel erreichen soll. In der Regel wird per Vertrag vereinbart, was das Geberland gibt und was das Empfängerland erhält und damit tun soll.

Polen trat diesem System der Entwicklungsunterstützung 2004 bei, nachdem es sich vorher gegenüber der Europäischen Union verpflichtet hatte, eine institutionelle Struktur für die Entwicklungshilfe zu schaffen und diese bis 2015 systematisch auf mindestens 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Seit Jahren betreibt Polen die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf einem Niveau von 0,15 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die Verantwortung für die Aufgaben dieses Politikfeldes liegt bei der Abteilung für

Entwicklungszusammenarbeit des Außenministeriums. Bis 2022 wurde ein bescheidenes professionelles Umfeld in öffentlichen Institutionen und NGOs aufgebaut, die sich in diesem Bereich der Außenpolitik engagieren.

Polen belegt mit seinen 0,15 Prozent des Bruttonationaleinkommens einen niedrigen Platz im EU-Ranking, übrigens ganz wie seine Nachbarn in der Region. Was Ostmitteleuropa betrifft, ist die Entwicklungshilfe eine unbedeutende politische Nische, während sie für die skandinavischen und westeuropäischen Länder zu einem festen und wesentlichen Bestandteil ihrer Außenpolitik geworden ist. Die Anführer sind hier Schweden (0,95 Prozent), Dänemark (0,75 Prozent), Deutschland (0,7 Prozent) und die Niederlande (0,65 Prozent).

Einige Daten

Aus diesem Politikbereich präsentierten öffentliche Stellen wie das Büro des Präsidenten der Republik Polen und das Büro des Ministerpräsidenten Daten, mit denen sich Polen für die Jahre 2022 und 2023 auf Platz eins der Geberländer platzieren ließ. Dies war möglich, denn die Daten bezogen sich auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Jahres 2021 – wohlgermerkt nicht des Jahres 2022 bzw. 2023.

Offenbar bereiteten beide Institutionen ihre Berichte unabhängig voneinander vor, wobei das Außenministerium – augenscheinlich wohl doch nur theoretisch – per Gesetz die Kompetenz hat, solche Arbeiten zu koordinieren. Die Berichte der beiden Büros waren einmalige Ereignisse, während das Außenministerium jedes Jahr eine Statistik über die polnische Entwicklungszusammenarbeit präsentiert und diese Daten in die Jahrbücher der Europäischen Union und der OECD aufgenommen werden.

Der Bericht des Büros des Ministerpräsidenten ist die einzige ausführliche Darstellung des polnischen Engagements – sowohl des Engagements der Bürger als auch der öffentlichen (zivilen und militärischen) Einrichtungen – während der monatelangen Solidaritäts-

aktion mit der Ukraine. Im Bericht wird die Methode der Datenerhebung erläutert – es wurde nicht auf die Daten des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS), der OECD oder der EU zurückgegriffen, was für Institutionen des öffentlichen Sektors wohl naheliegend ist, sondern es wurden Daten des Kiel Instituts für Weltwirtschaft herangezogen. Dieses hat in seinen Berichten zur Ukrainehilfe das BIP des Jahres 2021 als Referenzpunkt gesetzt. Damit kann die Geschichte einer überragenden Hilfsleistung erzählt und das Image Polens als Anführer in Sachen Unterstützung verfestigt werden, denn so stellt sich die Ukrainehilfe mit 3,82 Prozent des BIP als ein größerer Anteil an der heimischen Wirtschaft dar, als wenn sie an den höheren BIP-Werten der Jahre 2022 und 2023 gemessen worden wäre.

Nehmen wir zur Veranschaulichung die 25 Milliarden Euro aus dem Bericht des Ministerpräsidentenbüros und setzen sie in Relation zum BIP der Jahre 2022/23. Das Gesamt-BIP der Jahre 2022 und 2023 betrug ca. 1.660 Milliarden Euro. 25 Milliarden machen hier ca. 1,7 Prozent aus – ein Ergebnis, das nicht einmal halb so viel ist wie jene 3,82 Prozent. Wenn Institutionen des öffentlichen Sektors Daten vorstellen und kommentieren, geht der Durchschnittsbürger (also kein Experte) selbstverständlich davon aus, dass sie sich auf das BIP des Jahres beziehen, in dem die Ausgaben entstanden sind. In einer gut funktionierenden Wirtschaft und einem effizient arbeitenden institutionellen System ca. 1,7 Prozent des BIP zu mobilisieren, war zwar eine politisch mutige und notwendige Maßnahme, aber sie stellte kein großes Risiko für die Staatsfinanzen dar.

Die Medien stimmten in deutlicher Mehrheit in die gute Laune der vom Büro des Präsidenten sowie des Ministerpräsidenten herausgegebenen Berichte ein. Ein Faktencheck wurde selten durchgeführt.

Wem soll die Hilfe dienen – Theorie und polnische Praxis

Die Mehrheit der Institutionen des öffentlichen Sektors und der Medien präsentieren das Ausmaß der Ukrainehilfe nach dem Prinzip »je mehr, desto besser«. Es lohnt sich, Vermutungen über die wahrscheinlichen Beweggründe eines solchen Vorgehens anzustellen. Ursachen dafür könnten sein:

- die eigene Bedeutung stärken zu wollen – die relativ hohen Zahlen können das Gefühl eigener politischer Stärke untermauern; die Zahlen erfüllen dann nicht nur eine statistische, sondern auch eine symbolische Funktion;
- die Absicht, die direkt oder indirekt geleistete Hilfe in eine Verhandlungsstrategie einfließen zu lassen, mit dem Ziel, eigene Interessen in der Ukraine zu unterstützen;

- Dankbarkeit einfordern zu wollen.

In der Tat kann man feststellen, dass in den polnischen Kommentaren in den Medien und in den Strategien verschiedener politischer Kreise die Forderung nach einer Gegenleistung oder Dankbarkeit stark ausgeprägt ist. Als ein Ausdruck von Dankbarkeit wird z. B. erwartet, dass die Ukraine die Verantwortung für die Verbrechen der Ukrainischen Aufständischen Armee (ukr. UPA) an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien 1943 übernimmt. Diese Gegenleistung für die polnische Unterstützung publik zu machen und im Diskurs präsent zu halten, ist in den letzten Monaten zum Standard in den Medien und der Politik geworden. Die Hilfsleistungen mit verschiedenen Bedingungen zu kombinieren, war ein wirkungsvolles Vorgehen verschiedener polnischer Akteursgruppen mit der Absicht, dass sich Polen von der Ukraine distanziert und seine Unterstützung reduziert. In der Ukraine ruft die von den Polen auf diese Weise kontextualisierte polnische Hilfe natürlich ein bestimmtes Echo hervor. In Kommentaren in den sozialen Medien der Ukraine, die die direkten und spontanen Emotionen wiedergeben, heißt es: »Dankbarkeit ist keine Hundeleine! Hilfsleistungen sind keine Besitzansprüche! Solidarität ist keine Lizenz für Erniedrigung!«

Überraschend ist ein solches Vorgehen, weil doch auch wir Polen selbst Unterstützung erlebt haben. Die Hilfe des Westens vor unserem Beitritt in die Europäische Union (2004) ergoss sich in einem breiten Strom nach Polen, und niemand hat damals das »Argument der Dankbarkeit« gegenüber uns vorgebracht. Gerade zu Anfang der 1990er Jahre, als der Verlauf und der Ausgang der polnischen Reformen keineswegs sicher waren, haben uns viele Länder ohne eine Erfolgsgarantie vielfältige technische Hilfe, finanzielle Unterstützung für die Entwicklung der freien Marktwirtschaft, Hilfestellung beim Aufbau solider, moderner öffentlicher Institutionen, bei der Reformierung der Gesetzgebung und bei Umweltprogrammen zuteil werden lassen. Allerdings, und das ist die Ironie der Geschichte, gelang es uns, die uns in der gesamten Transformationsphase (ab Anfang der 1990er Jahre) erteilte Hilfe in den Bereich des wohlverdienten Vergessens zu verfrachten.

Militärische Unterstützung – helfen und verdienen

Die militärische Hilfe des globalen Westens für die Ukraine umfasst direkte Schenkungen, z. B. der Länder des Ramstein-Formats, finanzielle Unterstützung, bilaterale Zusammenarbeit der Rüstungsunternehmen sowie Waffenexporte in die Ukraine. Die militärische Hilfe Polens in Form von Schenkungen betrug bis Mitte 2026 ca. 3,8 Milliarden Euro, wovon 90 Prozent in die Jahre 2022/23 fielen. Sehr schnell kam es zur Übergabe eines bedeutenden Teils von T-72 Panzern, Krab

Panzerhaubitzen und Piorun Lenkflugkörpersystemen. Alle diese Waffensysteme erhielten unbestritten positive Bewertungen der ukrainischen Streitkräfte und die Piorun- und Krab-Systeme sind bereits für viele Jahre zu einem Exportprodukt geworden.

Die Daten zum polnischen Waffenexport der letzten Jahre sind ebenfalls imponierend. Dem Außenministerium zufolge erreichte der polnische Waffenexport in die Ukraine 2022–2024 ca. 4,8 Milliarden Euro. Nach Daten des polnisch-ukrainischen Außenhandels hat die Ukraine im Jahr 2025 Waffen im Wert von 1,3 Milliarden Euro importiert. Das heißt, dass Polen in den Jahren des russischen Krieges gegen die Ukraine militärisches Gerät und Waffen für mehr als sechs Milliarden Euro exportiert hat. Das ist deutlich mehr als der Wert der vom Verteidigungsministerium kommunizierten Pakete in Höhe von ca. 3,8 Milliarden Euro. Im polnischen Waffenhandel wurden in den letzten 25 Jahren nie so hohe Exportergebnisse erzielt; der Export dieses Sektors betrug im Jahr 300–400 Millionen Euro. Das heißt, Polen verdient effektiv am Krieg, der polnische Waffenhandel nimmt nach vielen Jahren der Stagnation im Export an Fahrt auf und die Schenkungen spielen hier logischerweise die Rolle des Appetizers.

Gleichzeitig wurden die militärischen Schenkungen deutlich zurückgefahren. Man verfolgt eine andere Linie. Der Generalstab der polnischen Streitkräfte teilte 2025 mit, »dass es Gespräche mit der ukrainischen Seite über die Übergabe von MIG-29 Kampfflugzeugen gibt. Die Übergabe der Flugzeuge ist an die Funktionsfähigkeit gekoppelt. Die Schenkung von Flugzeugen wird Teil der Bündnispolitik zur Unterstützung der Ukraine sein sowie der Aufrechterhaltung der Sicherheit an der NATO-Ostflanke dienen. Gleichzeitig werden im Zusammenhang mit der Übergabe von Flugzeugen Gespräche mit der ukrainischen Seite darüber geführt, Polen bestimmte Drohnen- und Raketentechnologien zugänglich zu machen.« Das heißt, nicht um Schenkungen geht es hier, sondern um Verhandlungen über den Tausch von abgenutzter Technologie gegen neue.

Vielleicht münden diese konkreten Verhandlungen tatsächlich in den angestrebten Tausch. Allerdings wird eine solche Form des Tausches keine wirksame Methode sein, unsere Position auf dem ukrainischen Markt zu halten, denn Rüstungsmarkt und -handel haben hinlänglich gezeigt, dass weniger ein exklusiver Güterhandel als vielmehr konventionelle Handelstransaktionen und ständiger Wettbewerb mit der Konkurrenz die Wahrscheinlichkeit erhöhen, den Export zu steigern oder sogar Kooperationen mit Rüstungsunternehmen zu schließen.

Die Mitteilungen des Verteidigungsministeriums über einen Tausch von MIG-Kampfflugzeugen gegen Drohnen halte ich für ein Zeichen der schwer öffentlich zu vermittelnden Entscheidung über die dramati-

sche Verringerung der polnischen Militärhilfe für die Ukraine. Warum die Entscheidung getroffen wurde, wird offiziell nicht bekannt gegeben.

Die Hilfe des ganzen Landes: Der Pole kann was

Gewöhnlich wird in den Statistiken die Hilfe der Regierung von der privat geleisteten Hilfe unterschieden. Obwohl es klar ist, dass Hilfsleistungen ein Teil unserer solidarischen Kultur sind, gehört es doch standardmäßig dazu, die Hilfsbereitschaft der Gesellschaft herauszustellen. Allerdings war das Jahr 2022 in der Geschichte der polnischen Solidarität tatsächlich herausragend. Kern und Hauptanliegen der polnischen Hilfe war seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 die selbstlose, rund um die Uhr bereitgestellte Unterstützung von Millionen Polen für Millionen Ukrainer. Die Ukraine hat, zumindest für einige Monate, die polnische Gesellschaft gefestigt und vereint.

Viele Erscheinungsformen dieser Hilfsbereitschaft traten in Polen zum ersten Mal auf und waren in Ausmaß, Art und Weise einzigartig:

- die herausragende Zahl von Ehrenamtlichen und Initiativen sowie Privatpersonen, die sowohl die Migranten als auch die ihnen helfenden Freiwilligen unterstützten;
- das hohe Niveau der Selbstorganisation bei den Hilfsangeboten;
- das außergewöhnliche Ausmaß individuell finanzierter Hilfsleistungen, z. B. zur Verfügung gestellte Wohnungen und Transportmöglichkeiten, getätigte Einkäufe, Abgabe verschiedener Sachspenden bei den Sammelstellen;
- die außerordentliche Vielfalt und Menge der dauerhaft angebotenen Unterstützung, z. B. Transportangebote, Lebensmittelspenden, Bildungs- und Fortbildungsangebote, Rechtshilfe, kulturelle und karitative Veranstaltungen.

Ein interessantes Beispiel, das die besondere Qualität dieses neuen Kapitels der polnischen Hilfsbereitschaft zeigt, ist die Aktivierung von Unternehmen. Sie haben der Ukraine Hilfsleistungen im Wert von mehreren Hundertmillionen Zloty zur Verfügung gestellt.

Auch die polnisch-ukrainischen Handelsdaten verdienen Beachtung: Seit 2022 ist der polnische Handelsumsatz mit der Ukraine beträchtlich. 2022 betrug er ca. 17 Milliarden Euro, 2023 ca. 16 Milliarden Euro und 2024 erreichte er 18 Milliarden Euro, wobei der polnische Export hier deutlich überwiegt. Dank der effektiven juristischen Hilfe im Unternehmensumfeld begannen ukrainische Bürger, ihre Unternehmen aus der Ukraine nach Polen zu holen bzw. haben ganz neue Firmen in Polen gegründet. Registriert wurden ca. 30.000 Unter-

nehmen. Polen ist einer der wichtigsten Handelspartner der Ukraine weltweit, und zwar mit einer Negativbilanz für die Ukraine.

Von der Kultur der Solidarität zu einem vereinfachten Realismus

Zuerst herrschten der Geist und die Kultur der Solidarität, Solidarität in ihrer ehrlichsten und moralisch höchsten Ausprägung. Millionen Menschen leisteten selbstlos Hilfe, unterstützt von starker Handlungsfähigkeit der Regierung. Gegenwärtig wird die Hilfe im Geiste eines eng verstandenen Realismus relativiert, d. h. reduziert im Verhältnis zur ukrainischen Dankbarkeit bzw. angeblichen »Undankbarkeit«, verinnahmt von der Agenda historischer Konflikte, instrumentalisiert für den Bedarf des polnischen Verteidigungssektors, blockiert infolge von Forderungen polnischer Interessengruppen (z. B. Aufhalten des Transports ukrainischen Getreides durch Polen) oder abgelehnt, weil »das nicht unser Krieg ist«. Das Ausmaß der polnischen Hilfe hat sich um ein Vielfaches verringert und es gibt auch Forderungen, sie komplett einzustellen. Glücklicherweise gibt es immer noch Gruppen in der Zivilgesellschaft, die Hilfe leisten wollen und Spendensammlungen organisieren, z. B. letztes öffentlichkeitswirksame Aktionen für den Kauf von Generatoren für die Ukraine.

Für unsere Partner in der Europäischen Union und der NATO sowie auch für die Ukraine ist das eine sensible Situation und unser »realistischer« Umgang mit Hilfsleistungen wird gewöhnlich nicht öffentlich kommentiert. In Zeiten, in denen viele bisher gültige Methoden und Prinzipien in den internationalen Beziehungen ins Wanken geraten, unterstützt die Mehrheit der europäischen Länder die Ukraine finanziell und materiell und vertritt die Überzeugung sowie das Kalkül, dass sich die Gewährung von Hilfe politisch-strategisch auszahlt. Auch hier lassen sich Daten (2024 und 2025) anführen: Die Europäische Union und europäische Staaten sind die Hauptpartner und -verbündeten in finanzieller, technologischer und militärischer Hinsicht geworden. Von Januar 2024 bis Oktober 2025 leisteten europäische Staaten der Ukraine Hilfe im Wert von ca. 100 Milliarden Euro. Die Beteiligung Polens liegt hier bei ca. einer Milliarde Euro. Manche anderen Länder halten ihren (im Vergleich zum BIP) hohen finanziellen Einsatz bei der Unterstützung der Ukraine aufrecht. Insbesondere sind es die skandinavischen und die baltischen Staaten. Hier ist ein deutlicher Unterschied zwischen den verschiedenen Gruppen der europäischen Länder festzustellen. Dänemark, Norwegen, Schweden und die baltischen Staaten geben ca. ein Prozent des BIP für die Ukrainehilfe aus. Deutschland, Frankreich und Großbritannien ca. 0,4–0,6 Prozent.

Man muss sich bewusst machen, dass auch andere Akteure der globalen Politik (u. a. private Unternehmen) und die Ukraine über solche Daten verfügen und ihre Politik entsprechend anpassen. Wir sollten also die Höflichkeit unserer Partner loben, dass sie uns ab und zu nicht zu Konsultationen einladen. Sie versuchen ganz einfach, uns vor einer Unannehmlichkeit zu schützen – wir müssten sonst erklären, dass wir nichts Herausragendes anzubieten haben.

Der Wiederaufbau der Ukraine

Die internationalen Partner der Ukraine führen die Arbeiten am Wiederaufbau der Ukraine auf der jährlich stattfindenden Ukraine Recovery Conference (URC) zusammen. Ihr untergeordnet sind die Arbeiten der Geberkoordinierungsplattform (Ukraine Donor Platform). 2025 wurde bekannt gegeben, dass die nächste URC 2026 in Danzig (Gdańsk) stattfinden soll. Die polnischen Gastgeber stellten sich auf den Schwerpunkt Investitionen und Geschäfte ein. Es ging darum, eine Plattform zu schaffen, wo internationale Firmen und Institutionen ihr Engagement beim Wiederaufbau ankündigen konnten. Polen tat finanzielle Unterstützung kund, aber eher in Form von Kreditinstrumenten der Bank für Landeswirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego – BGK) und Zahlungsgarantien als in Form von Zuschüssen und Schenkungen.

Diese Haltung lässt sich mit der bisherigen Einstellung des öffentlichen Sektors und des Unternehmenssektors zum ökonomischen Sinn von Hilfsleistungen erklären. Es gilt hier die ultrakonservative kapitalistische Doktrin, dass Zuschüsse ineffektiv sind, um innere Reformen anzustoßen oder ärmere Staaten zu unterstützen. Polen Anfang der 1990er Jahre, Nutznießer stattlicher Summen von externen Gebern, ist somit eine Ausnahme, die angeblich nicht die Regel bestätigt.

Sowohl unter politischen als auch unternehmerischen Gesichtspunkten kann es Polen viele Vorteile bringen, sich dem Wiederaufbau der Ukraine anzuschließen. Die letzten zehn Jahre, insbesondere seit Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine, brachten ein stetiges Wachstum der Handelsumsätze zwischen unseren beiden Ländern mit sich. Diese Tendenz wurde auch von der russischen Aggression nicht aufgehalten. Die Ukraine ist unser Wirtschaftspartner Nummer eins im Osten geworden, und die groß angelegten Arbeiten am Wiederaufbau der Ukraine stellen Investitions- und Vertragschancen für viele Branchen in Aussicht. In gewisser Weise ist Polen für die Ukraine eine Art Handbuch für den Aufbau einer modernen Wirtschaft. Die Gesellschaften und Eliten beider Länder müssen bedenken, dass eine starke Verbindung zwischen beiden Ländern innerhalb der

europäischen Sicherheitsarchitektur in ihrem nationalen Interesse liegt.

Helfen oder nicht, aber zumindest wertschätzen

Lohnt es sich, der Ukraine zu helfen? Polen gibt zurzeit eine ambivalente und ausweichende Antwort, was sich auf Schwierigkeiten in den bilateralen Beziehungen zurückführen lässt.

Die ukrainische Führung und Gesellschaft zeigen jedoch seit den ersten Tagen des russischen Angriffskrieges eine ungeheure Anpassungsfähigkeit, Festigkeit und Entschlossenheit sowie auch Unterstützung für die ukrainischen Streitkräfte. Die Ukrainer kämpfen, weil sie frei sind, weil sie sich an die sowjetische Unterdrückung erinnern und sie nach 35 Jahren Unabhängigkeit niemanden mehr um Erlaubnis für ihre Existenz bitten müssen. Die Rede von der Ukraine als einem *failed state* ist unredlich und unfair. Eher lassen sich aufseiten Russlands Zeichen wirtschaftlicher Schwäche, gesellschaftlichen Verfalls, faschistischer Indoktrinierung und militärischer Praktiken nach dem Motto »ich töte, also bin ich« sowie eines imperialen Zynismus erkennen. Die konsequente politische, finanzielle und militärische Hilfe für die Ukraine in dieser Situation erwies sich als wichtigste Ergänzung zum vorhandenen ukrainischen gesellschaftlichen Kapital und den politischen und militärischen Fähigkeiten, den Aggressor abzuwehren. Vielleicht muss es noch direkter gesagt werden: Dank der ukrainischen Gesellschaft und Streitkräfte erwies sich die Unterstützung von außen als nützlich – also eben nicht, dass die Ukraine ohne unsere (u. a. polnische) Hilfe nicht durchhalten würde. Unterstützung und Verbündete sind äußerst wichtig. Aber

die Ukrainer haben insbesondere in den letzten Jahren verstanden, dass man seine Sicherheit nicht ausschließlich auf fremden Garantien aufbaut, sondern v. a. auf den eigenen Kräften.

Wie geht es weiter

Die Geschichte der polnischen Unterstützung für die Ukraine in einem Ausmaß, das der Stärke und dem Ansehen unseres Landes entspricht, kommt zum Ende. Das reduziert Polens Koalitionsfähigkeiten in Europa, zumal die Aufrechterhaltung der Unterstützungspolitik für die Ukraine doch Teil einer glaubwürdigen polnischen Außenpolitik sein sollte. Die in der Praxis sichtbare positive Verflechtung zwischen der Hilfe für die Ukraine, dem Beitrag der ukrainischen Geflüchteten zur polnischen Wirtschaft, dem Wachstum im Handelsaustausch und den hohen Gewinnen des polnischen Waffenexports zu ignorieren, ist sowohl unklug als auch Symptom eines in den Beziehungen zur Ukraine auftretenden Konjunkturalismus. Für viele Gruppen in Polen, die die Ukraine nach wie vor unterstützen, sind die gegenwärtigen Spannungen in den bilateralen Beziehungen der sprichwörtlich zwischen die Beine geworfene Knüppel. Jedoch sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, dass etwas von uns abhängt, d. h. wir sollten weiter die Arbeit von Hunderten Nichtregierungsorganisationen und kommunalen Einrichtungen, von Unternehmen und Betrieben sowie selbstorganisierten Unterstützergruppen der Ukraine fördern. Zurzeit hängt von ihnen die Pflege des Kapitals und des feinen Geflechts guter Nachbarschaft und einer guten polnisch-ukrainischen Verständigung ab.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quellen

- Prezydent.pl [Offizielle Seite des Präsidenten der Republik Polen]: Polnische Hilfe für die Ukraine. 23.02.2025. *(Die Publikation enthält ausgewählte Informationen über die Unterstützung Polens für die Ukraine, die auf Daten u. a. des Generalstabs der polnischen Armee, des Zentrums für Oststudien, der OECD, des UNHCR, des Eurostat, des polnischen Wirtschaftsinstituts und der Ministerien beruhen – das Material wird laufend aktualisiert.)* <https://www.prezydent.pl/kancelaria/archiwum/andrzej-duda/aktualnosci/wydarzenia/polnische-hilfe-fr-die-ukraine,94197> (abgerufen am 10.09.2026).
- Council for Cooperation with Ukraine. Chancellery of the Prime Minister of Poland: Polish Aid to Ukraine 2022–2023. September 2025. (pdf-Datei, abrufbar unter:) <https://www.gov.pl/web/radaplua/presenting-polish-aid-to-ukraine-2022-2023> (abgerufen am 10.09.2026).

Über den Autor

Marek Ziółkowski, Botschafter der Republik Polen a.D., ist Dozent an der Uniwersytet Civitas in Warschau (Warszawa).

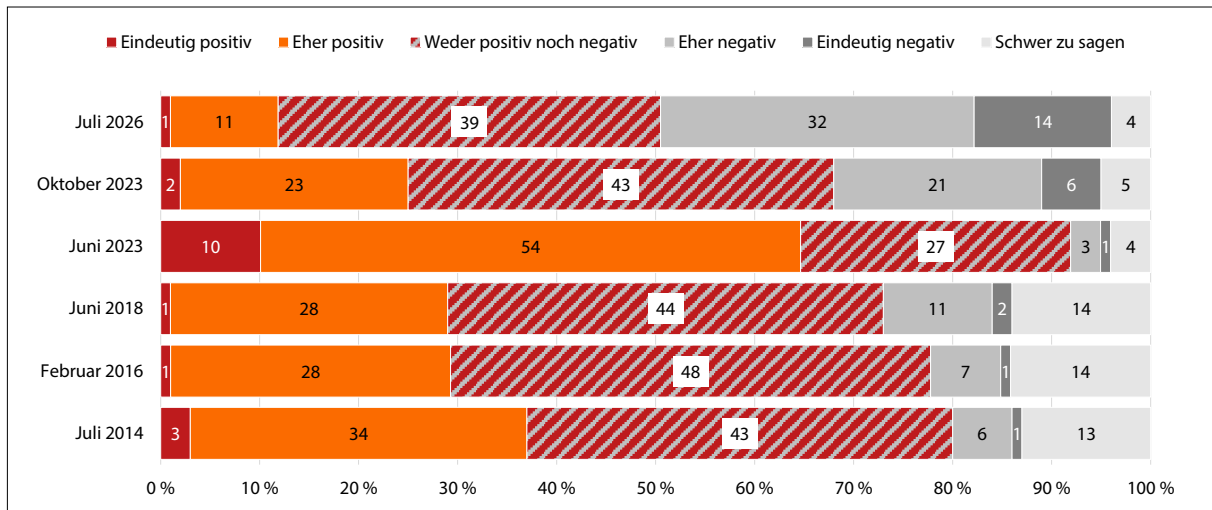
Lesetipps

Ziółkowski, Marek: Polska pomoc dla Ukrainy. Nagie fakty i gorzka diagnoza [Die polnische Hilfe für die Ukraine. Nackte Fakten und bittere Diagnose]. Hrsg. v. Fundacja im. Stefana Batorego. 06.08.2026. www.batory.org.pl

UMFRAGEN

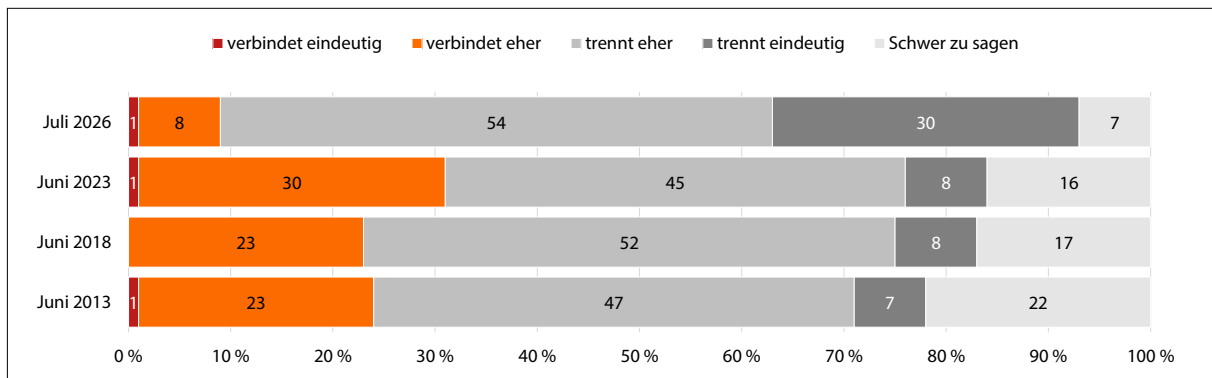
Das Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine

Grafik 1: Wie bewerten Sie aktuell die polnisch-ukrainischen Beziehungen ? (%)



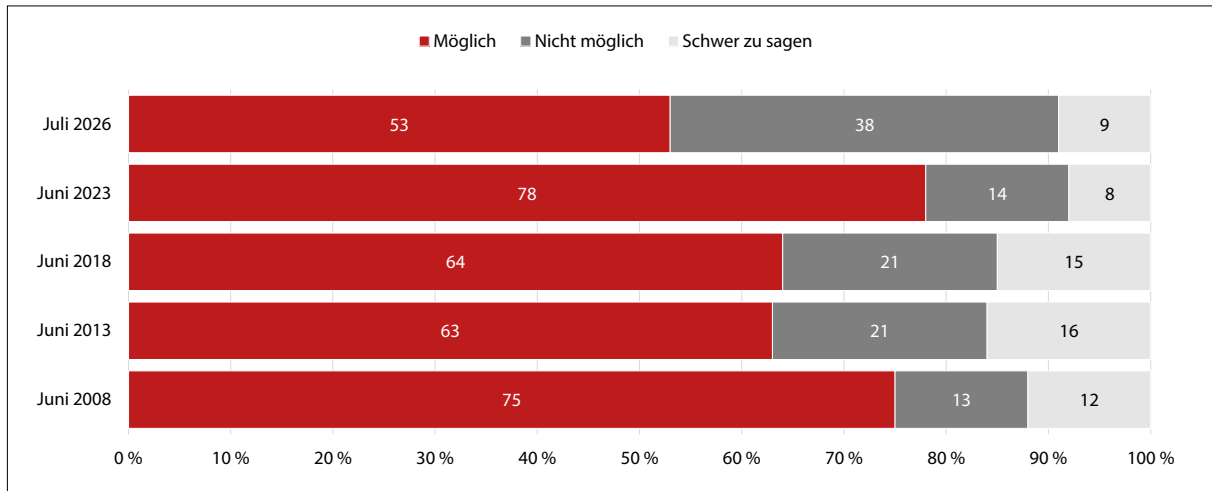
Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 82/2026: Stosunki polsko-ukraińskie [Die polnisch-ukrainischen Beziehungen]. Warszawa 08/2026. www.cbos.pl

Grafik 2: Wie ist Ihre Meinung über die gemeinsame polnisch-ukrainische Geschichte: Verbindet sie beide Nationen oder trennt sie beide Nationen voneinander? Die gemeinsame Geschichte ... (%)



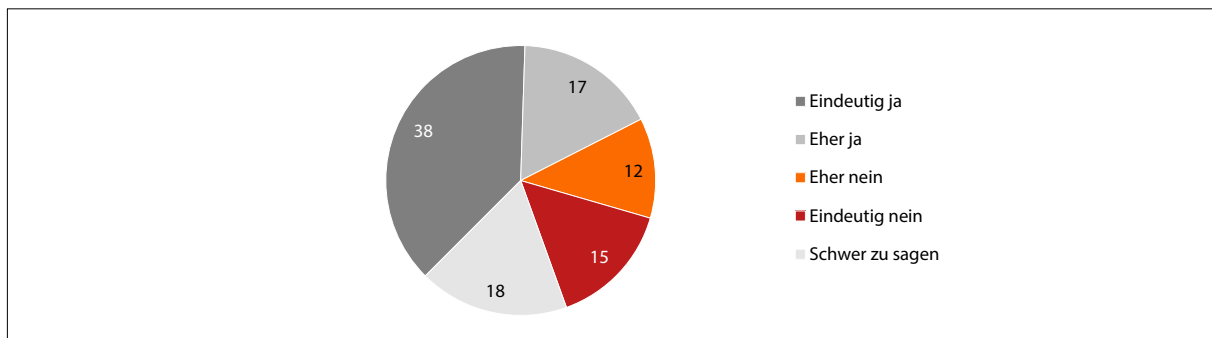
Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 82/2026: Stosunki polsko-ukraińskie [Die polnisch-ukrainischen Beziehungen]. Warszawa 08/2026. www.cbos.pl

Grafik 3: Ist eine Versöhnung zwischen Polen und Ukrainer möglich? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 82/2026: Stosunki polsko-ukraińskie [Die polnisch-ukrainischen Beziehungen]. Warszawa 08/2026. www.cbos.pl

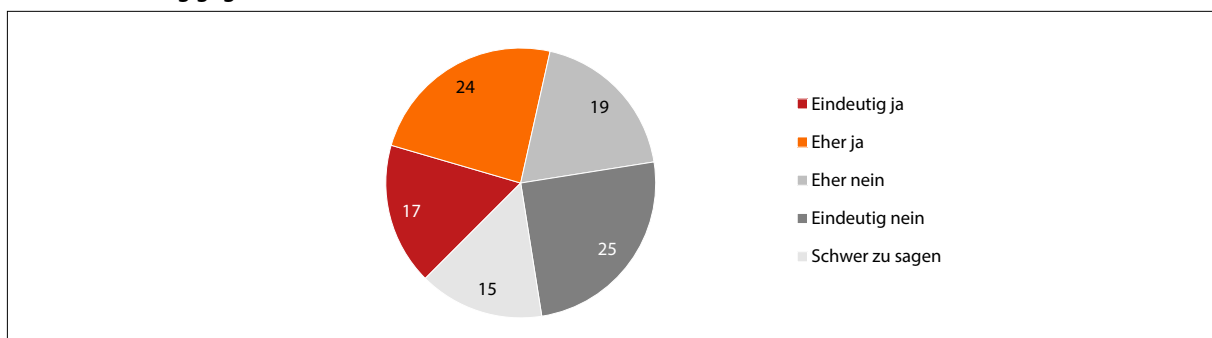
Grafik 4: Hat Präsident Karol Nawrocki richtig gehandelt, als er dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij den Orden des weißen Adlers aberkannt hat? (%)



Umfrage von Opinia 24, 13.–15.07.2026, entnommen aus:

Quelle: Janicki, Mariusz: Polska i Ukraina: Skąd ten gniew? [Polen und Ukraine – woher kommt die Wut?]. In: Polityka Nr. 31 (29.07.–04.08.2026).

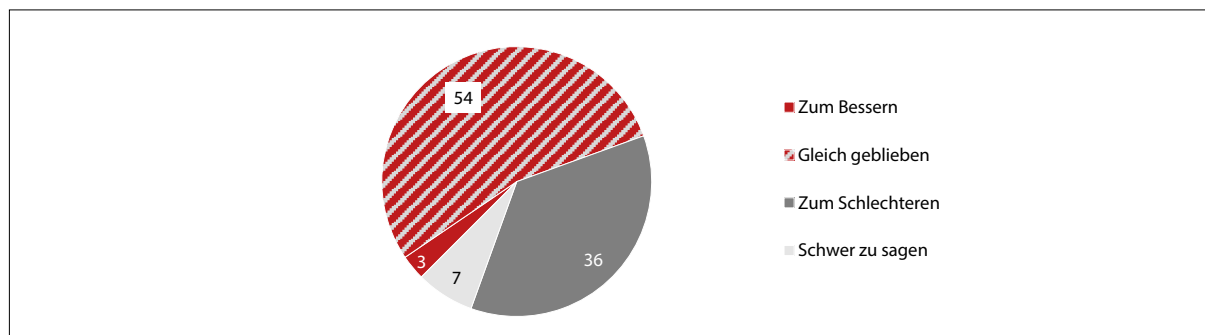
Grafik 5: Sollte Polen angesichts des ukrainischen Gedenkens von UPA-Einheiten weiter wie bisher die Ukraine im Krieg gegen Russland unterstützen? (%)



Umfrage von Opinia 24, 13.–15.07.2026, entnommen aus:

Quelle: Janicki, Mariusz: Polska i Ukraina: Skąd ten gniew? [Polen und Ukraine – woher kommt die Wut?]. In: Polityka Nr. 31 (29.07.–04.08.2026).

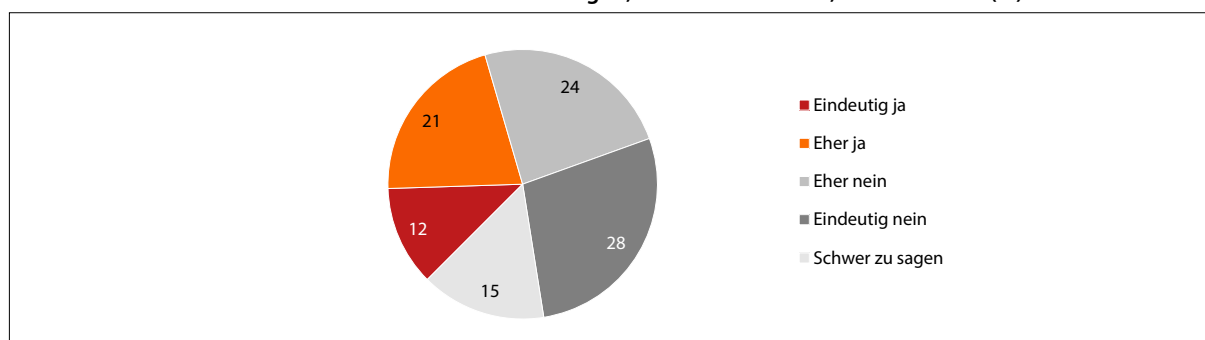
Grafik 6: Hat sich Ihre Beziehung zu den Ukrainern von Beginn des russischen Angriffskrieges bis jetzt verändert? (%)



Umfrage von Opinia 24, 13.–15.07.2026, entnommen aus:

Quelle: Janicki, Mariusz: Polska i Ukraina: Skąd ten gniew? [Polen und Ukraine – woher kommt die Wut?]. In: Polityka Nr. 31 (29.07.–04.08.2026).

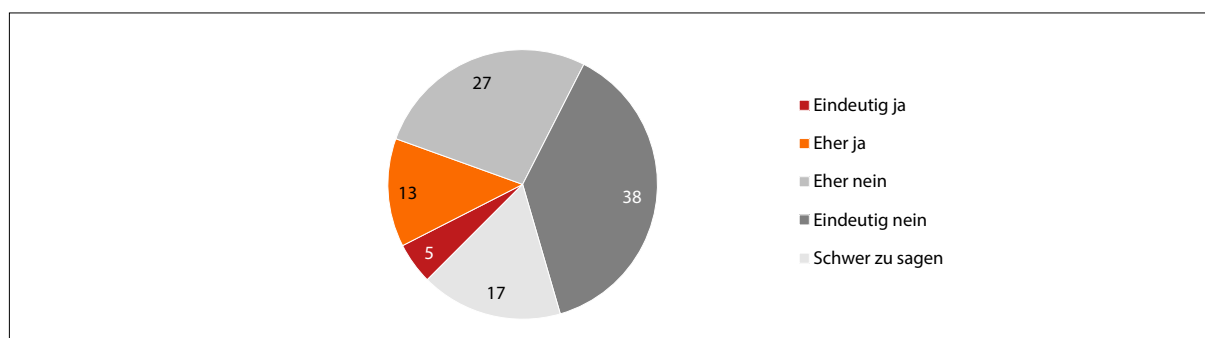
Grafik 7: Sollte Polen die Ukraine bei ihren Bemühungen, der EU beizutreten, unterstützen? (%)



Umfrage von Opinia 24, 13.–15.07.2026, entnommen aus:

Quelle: Janicki, Mariusz: Polska i Ukraina: Skąd ten gniew? [Polen und Ukraine – woher kommt die Wut?]. In: Polityka Nr. 31 (29.07.–04.08.2026).

Grafik 8: Wenn es zu einer Friedensvereinbarung oder einem Waffenstillstand zwischen der Ukraine und Russland käme – sollte Polen dann seine Streitkräfte in die Ukraine schicken, um die Vereinbarung zu überwachen? (%)



Umfrage von Opinia 24, 13.–15.07.2026, entnommen aus:

Quelle: Janicki, Mariusz: Polska i Ukraina: Skąd ten gniew? [Polen und Ukraine – woher kommt die Wut?]. In: Polityka Nr. 31 (29.07.–04.08.2026).

CHRONIK

15. August – 14. September 2026

15.08.2026	Am katholischen Feiertag Mariä Himmelfahrt wird in Konotopie (Woiwodschaft Kujawien-Pommern/województwo kujawsko-pomorskie) eine 55,6 Meter hohe Marienstatue geweiht. Initiatoren des Monuments sind der Unternehmer Roman Karkosik und seine Frau Grażyna, die den Bau vollständig finanziert haben sollen. Im Umfeld der Statue wurden auch ein Parkplatz, eine Grünanlage und weitere Infrastruktur angelegt. Medienberichten zufolge betrugen die Baukosten ca. 23,1 Mio. Euro.
17.08.2026	Das Außenministerium teilt mit, dass in Istanbul ein Polnisches Institut (Instytut Polski) eröffnet wurde. Die Tätigkeiten der Polnischen Institute sind im Bereich der öffentlichen Diplomatie und der Kulturvermittlung angesiedelt.
18.08.2026	Mateusz Morawiecki, Gründer von Entwicklung Plus (Rozwój Plus), und weitere Fraktionsmitglieder stellen ihr Programm zur Migrationspolitik vor. Der Plan mit dem Titel »Das sicherste Land der Welt« umfasst fünf Handlungsfelder. Dazu gehören die Rückkehr polnischer Emigranten nach Polen, die Einrichtung eines Migrationsministeriums, die Festsetzung von jährlichen Höchstzahlen für Nicht-EU-Immigranten, die individualisierte Datenerfassung von Immigranten und deren Pflicht zur Assimilation.
19.08.2026	In einem Kommuniqué weist das Verteidigungsministerium Kommentare im öffentlichen Diskurs zurück, dass polnische Städte nicht ausreichend vor Luftangriffen geschützt würden. Der Hintergrund sind Vorfälle, dass im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wiederholt russische Flugkörper in den polnischen Luftraum eingedrungen sind.
20.08.2026	In einer Erklärung äußert das Außenministerium große Enttäuschung darüber, dass die israelischen Militärbehörden das Verfahren im Zusammenhang mit dem Beschuss von Freiwilligen der Hilfsorganisation World Central Kitchen am 1. April 2024 im Gazastreifen eingestellt haben. Bei dem Beschuss war auch der polnische Staatsbürger Damian Soból ums Leben gekommen. Im Zuge der Einstellung des Verfahrens wurde der Botschafter Israels in Polen einbestellt. Polen fordert u. a. Einblick in die Untersuchung des Vorgangs für die polnische Staatsanwaltschaft in Przemyśl sowie Entschädigung für die Familien der Opfer.
23.08.2026	Ab heute ist das Verbot des sog. »Pathostreaming« in Kraft. Gemeint ist die Verbreitung von Inhalten im Internet, die ein für die Gesellschaft schädliches Verhalten zeigen, z. B. Erniedrigung anderer Personen, Pornografie oder Tierquälerei. Es können Haftstrafen bis zu fünf Jahren verhängt werden.
24.08.2026	Das Verteidigungsministerium informiert über den Abschluss eines Rahmenvertrages zwischen dem polnischen Rüstungsunternehmen MESKO (Skarżysko-Kamienna) und einem Konsortium, gebildet aus den Staaten Polen, Litauen, Lettland und Norwegen, über die Lieferung Tausender Exemplare des mobilen Raketenabwehrsystems PIORUN. Die gemeinsame Bestellung ist im EU-Programm SAFE angesiedelt.
25.08.2026	Die Staatsanwaltschaft Krakau, Abteilung Verfolgung von Straftaten gegen die polnische Nation, erhebt gegen den Europaabgeordneten Grzegorz Braun den Vorwurf, gezeugnet zu haben, dass es im damaligen, von der deutschen Besatzung errichteten Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau Gaskammern gegeben hat und diese zur massenhaften Tötung von Häftlingen eingesetzt wurden. Das Europäische Parlament hatte im März Brauns Immunität aufgehoben. Justizminister Waldemar Żurek zeigt sich insbesondere besorgt über den Vorfall, weil Braun die öffentliche Meinung von jungen Menschen präge. Braun ist Vorsitzender der extrem rechten und nationalistischen Partei Konföderation der polnischen Krone (Konfederacja Korony Polskiej).
27.08.2026	Michał Baranowski, Vizeminister für Entwicklung und Technologie, wirbt in China bei bilateralen Wirtschaftsgesprächen dafür, das Ungleichgewicht im polnisch-chinesischen Handel durch verbesserte Bedingungen für polnische Unternehmen in China und mehr Exportmöglichkeiten für Polen nach China auszugleichen. Polen sei zu einer pragmatischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China bereit, diese müsse aber auf gleichen Wettbewerbsbedingungen beruhen.
28.08.2026	Wojciech Zajączkowski, Staatssekretär im Außenministerium, beendet seinen viertägigen Besuch im Libanon und in Syrien. Themen der Gespräche mit politischen Vertretern beider Länder waren die politische Situation und die Sicherheitslage vor Ort. Im Libanon besuchte Zajączkowski Projekte der polnischen Entwicklungszusammenarbeit. Laut Angaben des Außenministeriums hat Polen 2024/25 ca. 32,5 Millionen Zloty (ca. 7,5 Millionen Euro) in Maßnahmen für die Sicherheit und die Entwicklung des Libanon investiert. In Syrien kam es zu den ersten politischen Konsultationen seit 15 Jahren.
31.08.2026	Nach vorläufigen Schätzungen des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg das Bruttoinlandsprodukt (nicht saisonbereinigt) im 2. Quartal 2026 um 3,9 % (2. Quartal 2025: 3,3 Prozent).

01.09.2026	Am Rande des Außenministertreffens der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) mit Japan in Bratislava thematisieren Außenminister Radosław Sikorski und sein japanischer Amtskollege Toshimitsu Motegi die bilaterale Zusammenarbeit im Rüstungssektor und bei Dual-Use-Technologien. Sikorski wirbt außerdem um Japans Unterstützung für eine ständige Beteiligung Polens an der G20.
01.09.2026	In Anwesenheit hochrangiger Regierungs- und Staatsvertreter, Militärangehöriger und Veteranen findet auf der Westerplatte bei Danzig (Gdańsk) die Hauptgedenkefeier aus Anlass des Beginns des Zweiten Weltkrieges von 87 Jahren statt. Der Zweite Weltkrieg begann mit dem Überfall Deutschlands auf die polnische Stadt Wieluń und auf ein polnisches Munitionslager auf der Westerplatte.
02.09.2026	Das Außenministerium veröffentlicht eine Solidaritätserklärung mit Deutschland. Hintergrund ist, dass die Bundesregierung Russland als Urheber des versuchten Angriffs auf dem Flughafen Halle-Leipzig identifiziert hat. Der Angriff konnte verhindert werden. Polen verurteilt entschieden Sabotageakte und Versuche hybrider Angriffe auf dem Gebiet von NATO- und EU-Staaten. Das Vorgehen Russlands werde die Entschlossenheit, die Ukraine im russischen Angriffskrieg zu unterstützen, nicht verringern, heißt es in der Erklärung. Polen spreche sie für weitere Sanktionsmaßnahmen gegen Russland aus.
05.09.2026	Ab heute sendet das öffentliche Fernsehprogramm (TVP) an den Wochenenden Kurzinformationen darüber, wie im Krisen- oder Katastrophenfall angemessen reagiert werden sollte.
07.09.2026	Außenminister Radosław Sikorski bewertet im Radiosender VOX FM das Abschneiden der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am Vortag als »sehr beunruhigendes Signal«. Kritisiert wird von der polnischen Regierung die Putin-freundliche Haltung der AfD. Die AfD in Sachsen-Anhalt wird vom deutschen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Sie hat 43,8 Prozent der Wählerstimmen erhalten und ist mit Abstand als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen. Sikorski führt aus, dass die Regierungen der Bundesländer ihre Zustimmung für den Transit ausländischer Streitkräfte geben müssen. Wenn verbündete Streitkräfte nach Polen gelangen wollten, gebe es mit Blick auf die AfD in Sachsen-Anhalt ein Problem, meint Sikorski.
08.09.2026	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) waren am 31. März 1,15 Millionen ausländischer Staatsbürger in Polen vertraglich beschäftigt, was ein Anstieg um acht Prozent gegenüber dem 31. März 2025 ist. Darunter waren 784.000 ukrainische Staatsbürger (+ 9,6 Prozent), gefolgt von belarusischen und indischen Staatsangehörigen.
09.09.2026	Außenminister Radosław Sikorski nimmt in Lettland an einem Treffen mit seinen Amtskollegen aus Finnland, Irland, Lettland und Ungarn teil. Er warnt vor zunehmenden hybriden Gefahren vonseiten Russlands gegen Mitglieder der Europäischen Union und der NATO. In Ādaži besucht er den Militärstützpunkt, wo unter der Leitung Kanadas auch 230 polnische Soldaten von insgesamt 2.850 Militärangehörigen stationiert sind.
10.09.2026	In Bratislava treffen sich die Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) sowie der Regierungschef der Republik Irland, Micheál Martin. Irland hat zurzeit den EU-Ratsvorsitz inne. Ministerpräsident Donald Tusk unterstreicht, dass die Anstrengungen der Länder, welche die EU-Außengrenze schützen, insbesondere Polen, im künftigen EU-Finanzrahmen (2028–2034) besonders berücksichtigt werden müssten.
11.09.2026	Das Institut für Meteorologie und Wasserwirtschaft (Instytut Meteorologii i Gospodarki Wodnej) teilt mit, dass der aktuelle Wasserstand der Weichsel an der Messstation in Warschau-Bulwary bei 94 Zentimeter liegt. Seit Beginn der regelmäßigen Messungen im Jahr 1917 ist dies ein Negativrekord. Der Durchschnittswert an dieser Messstation beträgt mindestens 180 Zentimeter. Der extrem niedrige Wasserstand im Oberflächenwasser sowie im Grundwasser ist ein landesweites Problem.
13.09.2026	Ministerpräsident Donald Tusk setzt eine Krisensitzung an, da in der Nacht russische Angriffe gegen zivile Ziele in der Ukraine geflogen wurde, die ca. zwei Kilometer von der polnisch-ukrainischen Grenze entfernt lagen. Tusk warnt, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass die von Russland betriebene Eskalation auf polnisches Staatsgebiet übergreift. Die Regierung prüfe, ob die Bündnispartner zur Unterstützung angefordert werden können.
14.09.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz teilt im Nachrichtendienst X mit, dass bei Rusinowo (Woiwodschaft Westpommern/województwo zachodniopomorskie) eine Drohne in der Ostsee gefunden wurde, die mutmaßlich aus Russland stammt. Vizeminister Cezary Tomczyk ruft die Bevölkerung zur Wachsamkeit auf, da Polen das Hauptziel russischer hybrider Angriffe sei.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>



University of
Zurich^{ETH}
CEES
Center for Eastern European Studies

Institute for
European, Russian,
and Eurasian Studies
THE GEORGE WASHINGTON UNIVERSITY

UNI
FR
UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG